



Das Adula-Gebiet: Blick vom Piz Terri auf die Capanna Motterascio und den Stausee Lago di Luzzone.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Adieu, neuer Nationalpark

Die Gegner ziehen Wirtschaftlichkeit und Reglementierung in Zweifel

Die beiden gescheiterten Projekte in der Region Locarno und im Adula-Gebiet zeigen: Ein zweiter Nationalpark wird wohl noch lange nicht Wirklichkeit. Chancen haben eher Regionalparks.

PETER JANKOVSKY

Die Natur schützen und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern: Basierend auf diesen Zielen, setzt sich der Bund seit über zehn Jahren für die Schaffung verschiedener Parktypen von nationaler Bedeutung ein. Regionale Naturparks sowie Naturerlebnisparks erlegen der Bevölkerung in der betreffenden Region wenige Beschränkungen auf. Im Vergleich dazu sind in der Kernzone eines Nationalparks etliche Restriktionen zugunsten des Naturschutzes vorgesehen.

Unterschiedliche Dimensionen

In den letzten zwei Jahrzehnten war viel von der Notwendigkeit die Rede, nebst dem 1914 gegründeten Nationalpark im Engadin einen zweiten zu errichten. Jedoch reiften von sechs Projekten im Laufe von eineinhalb Jahrzehnten nur zwei so weit heran, dass über sie eine konsultative Abstimmung in den betreffenden Gemeinden stattfinden konnte. In beiden Fällen sagte das Stimmvolk Nein. Mitte dieses Monats haben sechs von acht Tessiner Gemeinden den «Parco Nazionale del Locarnese» abgelehnt. Zuvor hatten im November 2016 acht von siebzehn Gemeinden im Grenzgebiet der Kantone Graubünden und Tessin den geplanten «Parc Adula» abgelehnt – mindestens dreizehn Gemeinden hätten zustimmen müssen.

Die Dimensionen der beiden gescheiterten Nationalparkprojekte sind verschieden. Während der Parc Adula 1250 Quadratkilometer umfasst hätte, sollten es in der Region Locarno nur 220 Quadratkilometer sein, was mehr Akzeptanz in der Bevölkerung hatte erwarten lassen. Ähnlich sind aber die Umstände der Ablehnung. Im Fall des Parks im Locarnese gaben 109 Nein-Stimmen den Ausschlag, punkto Parc Adula waren es etwa 200. Offenbar waren bei vielen Stimmenden in der Adula-Region die Angst vor Überreglementierung sowie die Zweifel an der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit zu gross.

Dasselbe gilt für den Locarnese-Nationalpark. Dieser hätte von den Brissago-Inseln über Ascona, Losone, die Centovalli und das Onsernone-Tal bis zur Exklave Bosco/Gurin reichen und Investitions-

gelder von 5,2 Millionen Franken pro Jahr erhalten sollen – beim Parc Adula wäre es der gleiche Betrag gewesen. Laut Sandro Rusconi, einem der Wortführer der gegnerischen Gruppe «Associazione No al Parco», hat die Projektleitung den Puls der Bevölkerung nicht ausreichend gefühlt. Einige Verbote, wie jenes, die markierten Wege in der Kernzone nicht verlassen zu dürfen, hätten die Einheimischen als Zumutung empfunden. Zudem hätten die Agglomerationen am Rande des Parks wirtschaftlich mehr profitiert als die Bergtäler selber.

Eigentlich hätten banale Gründe die Ablehnung bewirkt, urteilt wiederum Tiziana Zaninelli, die Präsidentin des Komitees Nationalpark Locarnese. Demnach gehörten dazu die Angst der Jäger, der Pilz- und Heidelbeersammler sowie der Hundehalter vor eingeschränkter Bewegungsfreiheit – aber auch eine Nein-Kampagne, bei der man nicht vor «Fake-News» zurückgeschreckt sei und die Stimmberechtigten verunsichert habe. Dem hält Rusconi entgegen, die Projektleitung sei nicht darauf vorbereitet gewesen, die Fragen der Parkgegner zu beantworten, was bei der Abstimmung stark ins Gewicht gefallen sei.

Sieht Komiteepäsidentin Zaninelli eine Alternative, um die betroffene Bergregion nachhaltig zu fördern? Laut ihren Aussagen steuert der Bund nur dann Geld bei, wenn ein Projekt für eine ganze Region gute Aussichten auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bietet. Beim Parc Adula ist nun von einem regionalen Naturpark die Rede. Eine solche Möglichkeit sieht Zaninelli für das Locarnese nicht: Just die Gemeinden Centovalli und Onsernone, die am meisten vom Nationalpark profitiert hätten, seien dagegen.

In Zaninellis Augen wird die Ablehnung des Nationalparkprojekts den Gemeinden am Langensee keine grösseren Nachteile beschern – Bosco/Gurin oder dem Onsernone-Tal hingegen schon. In diesen Mikroregionen werde sich der Einwohnerschwund weiter fortsetzen: Vom wirtschaftlichen Standpunkt her haben sie ausser einer intakten Natur kaum etwas zu bieten. Der Tessiner Raumplaner und Architekt Fabio Giacomazzi sieht dies ähnlich und fügt hinzu, für den Anbau von Nutzpflanzen oder Nutzhölzern sowie die Produktion lokaler Produkte setze die Topografie zu enge Grenzen.

Rusconi hingegen ortet demgegenüber im Rahmen der Neuen Regionalpolitik gute Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Auch erscheint ihm die Idee eines Regionalparks vernünftiger, weil dabei der Mensch und die Wirtschaft im Vorder-

grund stünden. Wenn man ein solches Modell erarbeite, machten bestimmt alle Täler mit grosser Begeisterung mit, so Rusconi. Auch Raumplaner Giacomazzi geht von positiven Effekten aus – doch ohne das Label «Nationalpark» blieben solche Gebiete bloss alpine Randregionen mit geringem Entwicklungspotenzial und wenig Sichtbarkeit.

Nationale Abstimmung?

Hat nach den beiden gescheiterten Projekten ein neuer Nationalpark anderswo in der Schweiz eine Chance? Nach Ansicht von Giacomazzi hätte eine konsultative Abstimmung in keiner Region zu einem anderen Ergebnis geführt. Der Tessiner Raumplaner fragt sich zudem, ob es nicht demokratischer wäre, wenn die Stimmberechtigten der ganzen Schweiz über Nationalparkprojekte befänden, da es sich ja um nationale Vorhaben handle.

Giacomazzi ist zudem der Auffassung, der Bund sollte die bestehenden Nationalparkbestimmungen flexibler und differenzierter gestalten. So sollte beispielsweise die Vorschrift, in der Kernzone eines Nationalparks die markierten Pfade nicht zu verlassen, an den Gefahrendrad der jeweiligen Topologie angepasst werden.

Der Geschäftsführer des Netzwerks Schweizer Pärke, Christian Stauffer, hält dem entgegen, eine Abschwächung der bestehenden Anforderungen brächte nichts. Sie hätte auch dem Locarnese-Projekt nicht geholfen. Am Ansatz, dass ein Nationalpark auf Initiative einer Region entstehen und dort verankert sein muss, ist aus seiner Sicht ebenso nicht zu rütteln. Hingegen kann sich Stauffer Modifikationen in den regionalen Entscheidungsverfahren vorstellen.

Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) bestätigt, dass derzeit keine Initiativen zur Einrichtung eines weiteren Nationalparks bekannt seien. Es gebe in der Schweiz nur wenige Regionen, die dafür geeignet wären, sagt Sprecherin Rebekka Reichlin. Bei dieser Einschätzung und der Konzeption der Parkkategorien stützt sich die Schweiz auf internationale Standards und Erfahrungen. Auch in den Nachbarländern entstünden auf dieser Basis neue Nationalparks. Dies belege, dass solche Parks nach besagten Standards geschaffen und erfolgreich betrieben werden könnten.

Grösseren Zuspruchs erfreuen sich indes Regionalparks. In den letzten zehn Jahren haben fünfzehn Regionen in der Schweiz entschieden, einen regionalen Naturpark einzurichten. Sie sind überzeugt, so eine nachhaltige Entwicklung ihres Gebietes vorantreiben zu können.

HERAUSGEGRIFFEN

Huonder und die Kondome

Simon Hehli · 1968 steht nicht nur für eine sexuelle und politische Revolution – im Juli jenes Jahres erschien auch eines der umstrittensten Lehrschreiben in der Geschichte der Kirche. Papst Paul VI. verbot in seiner Enzyklika «Humanae Vitae» den Katholiken Verhütungsmittel wie Kondome und die Pille, die in den Jahren zuvor enorm populär geworden waren. Die mahnenden Worte des Papstes waren offensichtlich auch prägend für einen damals 26-jährigen Philosophie- und Theologiestudenten: Vitus Huonder. Der Mann, der heute Bischof von Chur ist, nimmt den baldigen 50. Jahrestag von «Humanae Vitae» zum Anlass, seiner Herde in einem Hirtenbrief wieder einmal die reine Lehre in Erinnerung zu rufen.

Mit dem Nachfolger von Paul VI., Johannes Paul II., geht Huonder einig, dass Verhütung zu einer «Kultur des Todes» gehöre. Viele Katholiken seien sich dessen nicht mehr bewusst, weil «ihnen diese Zusammenhänge nicht aufgezeigt wurden». Für den Churer Bischof mag es zwar berechtigte Gründe dafür geben, dass ein Ehepaar nur «wenige» Kinder hat – wohl gemerkt: nicht «keine». Aber auf gar keinen Fall dürften die Gläubigen zur Empfängnisverhütung greifen. Stattdessen müssten sie in den fruchtbaren Tagen der Gattin enthaltsam leben. Und auch diese natürliche Empfängnisregelung sollte ja nicht missbraucht werden durch eine «verhütende Gesinnung».

Aus Sicht von Huonder hat die «Verhütungsmentalität» verheerende Folgen: Er diagnostiziert eine Destabilisierung von Ehen und Familien und sieht in Europa «sterbende Völker». Insofern hätten sich alle Voraussagen von Paul VI. erfüllt – auch diejenige, dass die Entkopplung von Sexualität und Fortpflanzung dazu führe, dass Männer die Frauen nicht mehr als Person respektierten, sondern als ein «Objekt der Triebbefriedigung» ansähen.

Doch Huonder entlarvt sich in seinem Text selber, indem auch er die Frauen nicht als handelndes Subjekt beschreibt. Es ist allein der Ehegatte, der bestimmt. Setze der Mann auf die Enthaltensamkeit, sage er zu seiner Frau: «Ich liebe dich ganz so, wie du bist.» Bestehe er jedoch auf Verhütungsmittel, sage er zu seiner Frau: «Zurzeit liebe ich dich nicht so, wie du bist. Ich liebe vor allem deinen Leib nicht ganz.» Dass eine Frau eigene Vorstellungen zu Sexualität und Familienplanung hat und ein autonom handelndes Wesen ist, passt offensichtlich nicht in das patriarchalische Weltbild des Bischofs.

Ohnehin entfernen sich Huonder und seine Mitstreiter immer weiter von der Lebensrealität der allermeisten Kirchenmitglieder: Wie eine Umfrage im Jahr 2014 zeigte, schert sich kaum noch ein Katholik um das Verbot künstlicher Verhütung. Wenn ein zölibatär lebender älterer Mann modernen Ehepaaren vorschreiben will, was sie in ihrem Schlafzimmer zu tun und zu lassen haben, hat das tragikomische Züge. Nicht einmal mehr ein schlechtes Gewissen plagt jene, die einen Gummi überziehen.

Der Churer Bischof weiss natürlich ganz genau, dass er mit seinen Worten bei niemandem einen Gesinnungswandel wird herbeiführen können. Es geht vielmehr darum, den kleinen harten Kern der Strenggläubigen bei Laune zu halten. Zur Inszenierung gehört auch, dass die Konservativen den Opfermythos zelebrieren: Wie ihr Stifter Jesus müsse die Kirche damit rechnen, auf Ablehnung zu stossen, schreibt Huonder. Nun kann man es zwar durchaus als eine mutige Haltung auslegen, wenn jemand konsequent meilenweit am Mainstream vorbeipredigt. Aber die katholische Kirche darf sich nicht wundern, wenn sie – zumindest in Westeuropa – in gesellschaftlichen Fragen immer mehr an Relevanz und Einfluss verliert.

Cassis setzt Duftmarken zur Entwicklungshilfe

Der Aussenminister will die Aktivitäten kritisch hinterfragen

Die Rechte erwartet vom Bundesrat mehr Mittel für humanitäre Hilfe vor Ort und Abstriche beim Budget. Eine Neuausrichtung der Entwicklungshilfe solle überlegt werden, sagt nun Ignazio Cassis.

For. Bern · Vor den versammelten Mitarbeitern versuchte Aussenminister Ignazio Cassis am Freitag an der Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen, wohin die Reise unter seiner Führung geht. Er musste mit kritischen Zuhörern rechnen. Nicht nur, weil seine Ansprache beim Weihnachtsessen Angestellten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in den falschen Hals geraten sein soll. Cassis hatte damals die Deza mit der Armee verglichen – aufgrund ihrer Grösse. Der Tessiner steht aber auch unter Druck von der SVP und von Mitgliedern seiner FDP. Die Volkspartei fordert Kürzungen beim Entwicklungsbudget. Sie erinnert ihn daran, dass er als Nationalrat für tiefere Ausgaben gestimmt hat. Die SVP verlangt zudem seit Jahren, dass die Schweiz mehr Mittel für humanitäre Hilfe vor Ort statt für Entwicklungshilfe im Rahmen von multilateralen Uno-Programmen einsetzt. Die FDP möchte die Entwicklungshilfe stärker mit der Wirtschaftszusammenarbeit verknüpfen.

Wattierte Botschaften

Am Freitag platzierte Cassis einige – allerdings gut wattierte – Botschaften an die Adresse seiner Mitarbeiter und der Öffentlichkeit. Er will die bisherigen Aktivitäten der Deza, der Partnerländer und Partnerorganisationen «kritisch hin-

terfragen». Wie in der Medizin gelte auch in der Entwicklungshilfe die Maxime, dass sie «erstens nicht schaden» solle. Von seinen Mitarbeitern erwartet der Aussenminister wissenschaftliches Vorgehen, Ehrlichkeit, Transparenz in der Berichterstattung, Klarheit in der Begründung und eine Prise Pragmatismus. Mit dieser Ansage ist künftig die Begründung «weil man es immer so gemacht hat» wohl nicht mehr zulässig.

Was die SVP nicht gerne hört

Zur künftigen Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit äusserte sich Cassis nur vage. Er bedauert das Schwinden des Vertrauens in das Völkerrecht. Dieses schütze die Schweiz. «Deshalb bekennen wir uns zum Multilateralismus», sagte Cassis und dürfte damit bei der SVP keine Freude auslösen. Mehr im Sinne der SVP ist seine Feststellung, die humanitäre Hilfe vor Ort werde in den nächsten Jahren steigen. Nur wenige der weltweit 60 Millionen Vertriebenen und Armutsmigranten könnten dauerhaft in ein Industrieland umziehen. Die Mehrheit müsse temporär unter annehmbaren Bedingungen leben können, sich auf die Rückkehr vorbereiten und vor Ort unterstützt werden.

In den kommenden Monaten wird Cassis mit seinem Departement die Eckwerte für die nächste Botschaft zur Entwicklungshilfe (ab 2021) festlegen. Eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit solle überlegt werden, sagte der Aussenminister. Darunter versteht er etwa thematische und geografische Schwerpunkte, wie es die Deza selbst beantragt. Eine Richtschnur bildet auch die aussenpolitische Vision 2028, welche Chancen und Risiken für die Schweiz aufzeigen soll. Sie wird derzeit im Aussendepartement erarbeitet.

Der Denkmalschutz bröckelt

In zahlreichen Kantonen und im Bund wächst die Bereitschaft, die Vorschriften für den Erhalt historisch wertvoller Bauten zu lockern

Dichteres Bauen und die Energiewende setzen den Denkmalschutz unter Druck. Die Sorge wächst, es könnte zu irreversiblen Bausünden wie in den 1960er Jahren kommen.

DANIEL GERNY

Das Bauernhaus an der Lauigasse in Steinen, Kanton Schwyz, gehört zu den ältesten heute noch erhaltenen Holzhäusern in Europa. Nur 14 Jahre nach der Gründung der Eidgenossenschaft, im Jahre 1305 wurde es erbaut. Doch wie lange es noch existiert, ist offen: Im Mai gab das Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz das über 700-jährige Gebäude zum Abbruch frei. Denkmal- und Heimatschützer reagierten entsetzt und alarmierten den Bund. Mit einer superprovisorischen Verfügung untersagte dieser den Abbruch kurzfristig. Definitiv gerettet ist das alte Holzhaus in Steinen allerdings noch nicht. Das juristische Seilziehen geht weiter. Für Denkmalschützer zeigt dieser Konflikt beispielhaft, wie sehr der Druck auf historische Baudenkmäler steigt.

«Baukultur versenken»

So hat der Kanton Bern den Anteil der denkmalgeschützten Gebäude an sämtlichen Bauten von zehn auf sieben Prozent gesenkt. Allein in der Stadt Bern wird das Inventar der schützenswerten Bauten um Hunderte von Objekten reduziert. Im Kanton Glarus wird ein Vorstoss diskutiert, wonach pro Gemeinde grundsätzlich «nicht mehr als ein charaktergleiches Objekt» ins Inventar erhaltenswerter Baudenkmäler aufgenommen wird. Der kantonale Heimatschutz warnte vor einem «Schiffversenken mit Glarner Baukultur». Im Kanton Basel-Landschaft stimmte das Parlament im Winter Gesetzesänderungen zu, die eine bessere Umnutzung von Kulturdenkmälern ermöglichen. Und im Kanton Schaffhausen wurde im März an der Urne eine Vorlage angenommen, welche die Stellung der kantonalen Denkmalpflege schwächt. In anderen Kantonen sind ähnliche Projekte in der Pipeline.

Auch die eidgenössischen Räte beraten demnächst über eine umstrittene Gesetzesrevision. Sie zielt unter anderem auf eine Aufweichung des Schutzes des



In Steinen im Kanton Schwyz wäre dieses Holzhaus aus dem Jahre 1305 beinahe abgerissen worden.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder (Isos) ab. Darin enthalten sind derzeit knapp 1300 Ortschaften und Ortsteile. Die Revision sieht vor, dass für bauliche Änderungen an Schutzobjekten von nationaler Bedeutung ein gleich- oder höherwertiges kantonales Interesse grundsätzlich ausreicht. Bisher mussten nationale Interessen geltend gemacht werden können. Dass damit künftig Vorhaben in Objekten von nationaler Bedeutung vermehrt bewilligungsfähig würden, wird von der Mehrheit der zuständigen Ständeratskommission ausdrücklich begrüsst. Verschiedene Organisationen wie die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, der Schweizerische Heimatschutz oder Archäologie Schweiz sprechen dagegen von einer drohenden Demontage des Denkmalschutzes. «Mit dieser Vorlage könnte man den Bundesschutz für schützenswerte Objekte weitgehend vergessen», sagt Martin Killias, Präsident des Schweizerischen Heimatschutzes.

Der Denkmalschutz stehe im harten Gegenwind, konstatiert auch Benno Schubiger von Domus Antiqua Helvetica (DAH). Der Verein setzt sich aus Eigentümern von historischen und schützenswerten Bauten zusammen und will das bauliche Kulturerbe schützen. Aus Sicht von DAH bietet privates Eigentum grundsätzlich die beste und volkswirtschaftlich günstigste Voraussetzung, um den Fortbestand von historischen Bauten zu sichern. Doch bedinge dies Eigentümer, die ein Verständnis für das bauliche Erbe in der Schweiz hätten. Festzustellen sei aber ein Wertewandel auf allen Seiten des politischen Spektrums, beklagt er: Für viele bürgerliche Politiker seien es die Eigentumsfreiheit und ein übertriebenes Renditedenken, die als Begründung zur Schwächung des Denkmalschutzes beigezogen würden. Obwohl Denkmalschutz ursprünglich ein wertkonservatives Anliegen gewesen sei, werde es deshalb heute als linkes Gebot wahrgenommen. Fatalerweise verliere der Denkmalschutz

mit der Forderung nach verdichtetem Bauen und der Energiewende im linken Lager aber ebenfalls an Rückhalt.

Landreserven werden knapper

Tatsächlich brechen vor allem in den Ortszentren neue Konflikte auf. So kritisierte der Regierungsrat des Kantons Zürich das für den Kanton vor zwei Jahren vom Bundesrat in Kraft gesetzte Inventar schützenswerter Ortsbilder scharf. Das Inventar werfe mit Blick auf die angestrebte Verdichtung grosse Probleme auf, beklagte der Regierungsrat.

Aus Sicht von Killias sind solche Auseinandersetzungen die logische Folge des Bevölkerungswachstums und der knapper werdenden Landreserven. Das erhöhe den Siedlungsdruck in den Zentren, wo sich Nutzungskonflikte häuften. Es sei aber «absurd», eine einheitliche gesetzliche Quote für schützenswerte Bauten festzulegen, wie dies der Kanton Bern getan habe. Damit werde verkannt,

dass nicht alle Orte über die gleiche Anzahl schützenswerter Bauten verfügten. Auch die Energiewende gegen denkmal-schützerische Anliegen auszuspielen, erachtet Killias als verfehlt. Selbst wenn alle Baudenkmäler einschliesslich des Grossmünsters und des Schlosses Chillon mit Photovoltaik-Dächern verunziert würden, ergäbe das weniger als fünf Prozent mehr Elektrizität: «Davon hängt das Gelingen der Energiewende nicht ab.»

Überdimensionierter Eckzahn

Ob die gegenwärtige Dynamik einen bleibenden Backlash bedeutet, ist dennoch umstritten. Aufschwung erhielt der Denkmal- und Kulturgüterschutz nach dem Bauboom der Hochkonjunktur in den 1960er Jahren. Damals wurde selbst in historischen Ortsteilen hemmungslos modernisiert – aus heutiger Sicht teilweise eine Fehlentwicklung. Schubiger warnt vor diesem Hintergrund vor einem neuen Schub von Bausünden, die man in einigen Jahrzehnten bereuen werde. Als typisches Beispiel nennt er ein Hochhausprojekt beim Basler Messeplatz, für das ein historisches Wirtshaus des früheren Stadtbaumeisters Amadeus Merian aus dem 19. Jahrhundert weichen muss. Realisiert werde ein «überdimensionierter Eckzahn», der das Stadtbild beeinträchtigt. Bis vor Bundesgericht wurde die Überbauung bekämpft – erfolglos. Demnächst beginnt die Realisierungsphase.

Killias ist trotz gewissen Rückschlägen zuversichtlich: Der Denkmalschutz habe heute eine deutlich grössere praktische Bedeutung und geniesse in der Bevölkerung eine beträchtliche Unterstützung. Im Vergleich zu den 1960er Jahren sei das Verständnis für die Anliegen des Denkmalschutzes auch bei den Behörden und der Bauherrschaft viel ausgeprägter. Aus seiner Sicht sind Entwicklungen wie damals trotz einer Tendenz zur Verwässerung der Gesetzgebung nicht mehr denkbar. Darauf deutet laut Killias auch der Rückgang bei den Rekursen des Heimatschutzes im Zusammenhang mit Bauprojekten hin, weil bei den Gemeinden deutlich mehr Bereitschaft zu spüren sei, den Denkmalschutz ernst zu nehmen. In den meisten Fällen könnten die Rekurse im Übrigen mit einer Einigung erledigt werden. Selbst wenn der Denkmalschutz in den Gesetzen teilweise relativiert werde, bleibt Killias optimistisch: «Entscheidend ist, dass der Denkmalschutz seinen Stellenwert in der Bevölkerung behält.»

Die Bodenseeregion als «Mini-Europa»

Anrainerländer beschwören ihre Gemeinsamkeiten – Forderungen an die Schweiz

JÖRG KRUMMENACHER, KONSTANZ

Das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU bot am Treffen der Regierungschefs der Bodensee-Anrainerländer vom Freitag reichen Gesprächsstoff. In Konstanz beteiligt waren auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Günther Oettinger, der EU-Kommissar für Haushalt und Personal. Er sei zuversichtlich, sagte Oettinger, «dass das Abkommen dieses Jahr unterschrittsreif gemacht werden kann». Schneider-Ammann wollte sich nicht auf eine Prognose einlassen.

Acht-Tage-Frist begrenzen

Noch stehen einer Lösung insbesondere die flankierenden Massnahmen der Schweiz entgegen, die bei den Klein- und Mittelbetrieben im grenznahen Ausland rund um den Bodensee seit langem für Ärger sorgen. Die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut zeigte zwar Verständnis für den Lohnschutz auf Schweizer Seite, wünschte aber eine weniger bürokratische Umsetzung der flankierenden Massnahmen. Eine zu hohe Hürde vor allem für Handwerker und die IT-Branche stelle die achttägige Anmeldefrist

dar. Als mögliche Lösung nannte Hoffmeister-Kraut die Begrenzung dieser Frist «auf Risikobereichen», in den anderen Branchen hingegen sei die Abschaffung der Acht-Tage-Frist wünschbar.

Das Konstanzer Treffen war Ausdruck der Bemühungen, die europäischen Reihen vor dem Hintergrund der derzeitigen weltweiten Zerwürfnisse zu schliessen. Günther Oettinger rief dazu auf, «für unser liberales Menschenbild zu kämpfen», und verwies auf die herrschenden Autokraten in Washington, Moskau und Ankara: «Sie wollen Europa teilen und schwächen.» Mit Blick auf Donald Trump sagte Oettinger voraus, dass «der Handelsstreit in den nächsten Wochen eskalieren» werde. Deswegen brauche es eine starke EU. Die drohenden Verwerfungen seien kontinental und würden die Schweiz nicht aussparen.

Die Region Bodensee im Herzen Europas soll dabei zur Modellregion einer konstruktiven und zukunftsgerichteten Zusammenarbeit werden. In den angrenzenden Gebieten in der Schweiz, in Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein wohnen vier Millionen Menschen, die Volkswirtschaft entspricht der Grösse Finnlands, täglich pendeln 54 000 Arbeitnehmer über die Grenze, davon 28 000 in die Schweiz.

Noch aber ist Sand im Getriebe, noch klappen die grenzüberschreitende Kooperation und der Wissenstransfer nicht wie gewünscht. Das Treffen der Regierungschefs war gekoppelt mit einem Konzil von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, wo neue Wege für eine effektivere Kooperation gesucht wurden. Nach den Worten Oettingers kann die Bodenseeregion «zu einem Mini-Europa» werden, beispielsweise im Bereich der tertiären Bildung.

Digitale Vernetzung

Vorerst haben sich die Regierungschefs der Internationalen Bodensee-Konferenz auf eine Digitalisierungs-Initiative geeinigt, mit der die entsprechenden Aktivitäten grenzüberschreitend vernetzt werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann skizzierte eine Modellfabrik 4.0 im IT-Bereich wie auch die Idee eines Kompetenzatlas, der den Unternehmen helfen soll, vorhandenes Know-how abzurufen. Ebenso soll die E-Mobilität gefördert werden, und Funklöcher in der Region sollen gestopft werden. Eine Plattform soll schliesslich all die Aktivitäten in der Bodenseeregion mehr als bisher nach aussen sichtbar machen.

IN KÜRZE

Kommission tritt deutlich auf Steuervorlage 17 ein

gam · Mit 22 zu einer Stimme ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats auf das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung eingetreten. Die Kommission will das Geschäft in der kommenden Herbstsession abschliessen. Die Detailberatungen werden im August geführt. Bereits in der vergangenen Sommersession hat der Ständerat die Steuervorlage 17 beraten und an den Nationalrat überwiesen.

CVP zieht Beschwerde ans Bundesgericht weiter

(sda) · Ob die Abstimmung über die Initiative der CVP für die Abschaffung der Heiratsstrafe wiederholt werden muss, wird das Bundesgericht entscheiden. Die CVP zieht ihre Beschwerde ans höchste Gericht weiter, nachdem diese in vier Kantonen abgelehnt worden ist. Die Partei will mit der Beschwerde erreichen, dass über ihre Initiative mit dem Titel «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» erneut abgestimmt wird. Das Volksbegehren erreichte am 28. Februar 2016 zwar das Ständemehr, scheiterte mit 49,2

Prozent aber am Volksmehr. Die CVP macht dazu geltend, der Bundesrat habe vor der Abstimmung eine falsche und deutlich zu tiefe Zahl der von der Heiratsstrafe betroffenen Paare angegeben. Der Bund hatte diesen Fehler Mitte Juni einräumen müssen. Mit den korrekten Informationen wäre die Initiative nach Ansicht der CVP angenommen worden.

Neuer Leiter für Postauto ernannt

(sda) · Der 56-jährige Christian Plüss wird neuer Leiter Postauto. Gleichzeitig ist er zum Mitglied der Konzernleitung ernannt worden. Der Verwaltungsrat der Post will mit der Wahl von Plüss einen unbelasteten Neuanfang an der Spitze von Postauto schaffen, wie die Post am Donnerstag mitteilte. Plüss werde seinen Posten spätestens ab dem 1. Januar ausüben und Interimsleiter Thomas Baur ablösen, heisst es in der Mitteilung. Plüss hat an der ETH promoviert und verfügt über langjährige Führungserfahrung in verschiedenen Schweizer und internationalen Unternehmen. Zuletzt war er als Leiter Geschäftseinheit Hydro Power Generation bei der Alpiq tätig. Zuvor war er Direktor des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie und arbeitete bei Erdgas Ostschweiz und bei den SBB in leitenden Funktionen. Er verfügt darüber hinaus über Erfahrung in diversen Verwaltungsratsmandaten.